MENOLD BEZLER

Stadt Villingen-Schwenningen

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Realisierung eines Feuerwehrzentrums mit Ausbildungs- und Logistikzentrum

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

TEILNAHMEFORMULAR

Teil A: Allgemeine Angaben des Bewerbers

Teilnahme am Vergabeverfahren

☐ als Einzelbewerber

☐ als Bewerbergemeinschaft

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Einzelbewerber

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Die Seiten 3 bis 7 sind nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen:

<u>Teilnehmer der Bewerbergemeinschaft</u>

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft:
_____ *[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]*

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Für das Unternehmen Nr. 1

_____ _____
Ort, Datum Name des Erklärenden

Für das Unternehmen Nr. 2

_____ _____
Ort, Datum Name des Erklärenden

Für das Unternehmen Nr. 3

_____ _____
Ort, Datum Name des Erklärenden

Weitere Angaben zum Bieter

Nationale Identifikationsnummer

Für **Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende** ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z. B. DE123456789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei **natürlichen Personen** kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer:

Nummer: _____

Art: _____

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

– Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis EUR 2 Millionen Umsatz

– Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis EUR 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen

– Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis EUR 50 Millionen Umsatz und kein kleines Unternehmen

– Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über EUR 50 Millionen Umsatz

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers:

☐ Kleinstunternehmen

☐ Kleines Unternehmen

☐ Mittleres Unternehmen

☐ Großunternehmen

Nationalität des Eigentümers

Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.

Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des(der) wirtschaftlichen Eigentümer(s) des Gewinners, laut Eintrag in dem(den) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z. B. Nicht-EU-Auftragnehmern), Informationen aus anderen Quellen.

Angaben zur Nationalität des Eigentümers

Das Unternehmen ist börsennotiert: ☐ ja ☐ nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit(en):

_____

Eignungsleihe

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 VgV).

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	**Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird**

Eine Erklärung des/ der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist/ sind dem Angebot beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 13.

Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.

☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	**Name / Anschrift** (falls bereits bekannt)

Teil B: Verpflichtungserklärungen und Eignungsnachweise

Hinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Seiten dieses Teil B. zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen. Dasselbe gilt, sofern sich ein Bewerber hinsichtlich der Eignung auf Dritte, bspw. Nachunternehmer beruft (Eignungsleihe).

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der EU-weiten Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB vorzulegen.

Soweit der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Name des Unternehmens, für das die nachfolgenden Erklärungen (Teil B) abgegeben werden:

_____

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
  oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragen Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung

    - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
    - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
    - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

   in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 und Verordnung (EU) 2026/506 vom 23. April 2026l über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

   genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

   a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**

   b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**

   c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,

3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,

- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,

- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,

- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen

1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister oder in die Handwerksrolle

Wir erklären, dass unser Unternehmen in ein Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Auf Verlangen der Vergabestelle legen wir einen Nachweis über die Eintragung unseres Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister vor.

Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 5 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie in Höhe von mind. EUR 3 Mio. für Vermögensschäden oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag zu schließen.

Ich / Wir erklären, das eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 5 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie in Höhe von mind. EUR 3 Mio. für Vermögensschäden besteht bzw. dass wir eine solche Versicherung im Auftragsfalle abschließen werden.

Hinweise der Vergabestelle:

Die geforderte Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dieser Eigenerklärung noch keine Erklärung einer Versicherungsgesellschaft vorzulegen.

Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.

Umsatz [in EUR brutto]/ Geschäftsjahr	2023	2024	2025*
Gesamtumsatz:			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Objektplanung Gebäude und Innenräume)			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Tragwerksplanung)			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Technische Gebäudeausrüstung HSL/E)			

**sofern die Zahlen noch nicht abschließend vorliegen, bitte Schätzwert angeben*

Teil C: Referenzen

Folgende Referenzen sind mindestens nachzuweisen:

1. **Referenz „Objektplanung“**

   Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Planungsleistungen „Objektplanung Gebäude und Innenräume“ i.S.v. § 34 HOAI in den Leistungsphasen 2 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 2,5 Mio. brutto in den Kostengruppen 300 bis 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

2. **Referenz „Tragwerksplanung“**

   Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Tragwerksplanungsleistungen i.S.v. § 51 HOAI in den Leistungsphasen 2 bis 6 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 2,5 Mio. brutto in den Kostengruppen 300 bis 400 gemäß DIN 276. Der Abschluss von Leistungsphase 6 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

3. **Referenz „HLS-Planung“**

   Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung i.S.v. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 1 bis 3 in den Leistungsphasen 2, 3, 5 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 0,7 Mio. brutto in der Kostengruppe 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

4. **Referenz „Elektro-Planung“**

   Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung i.S.v. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 4, 5 und 8 in den Leistungsphasen 2, 3, 5 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer

Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 0,7 Mio. brutto in der Kostengruppe 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

Mit „Fahrzeugstellplätzen“ sind Stellplätze für Einsatz-, Nutz- oder vergleichbare Betriebsfahrzeuge (z. B. Feuerwehrfahrzeug, Rettungswagen oder Lkw) gemeint; reine Pkw-Stellplätze sind nicht umfasst.

Hinweis:

Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bewerbergemeinschaften jeweils nur einmal vorzulegen.

Die Erklärung über das Referenzprojekt muss folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Zeitpunkt des Fertigstellungdatums (Abnahme),
- Baukosten in EUR brutto,
- sofern vorhanden: kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild

Die Vorlage von mehr als insgesamt **einer Referenz** je Mindestreferenz ist nicht erwünscht.

Anlage A – Referenz „Objektplanung“

Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beschreibung	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI	
Anzahl Fahrzeugstellplätze	
Gebäudeart	
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Abnahme ist nach dem 01.01.2017 erfolgt *(Angabe von Monat/Jahr):*	
Baukosten in EUR brutto (KG 300 bis 400)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigefügt ☐ ist nicht beigefügt

Anlage B – Referenz „Tragwerksplanung“

Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beschreibung	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI	
Anzahl Fahrzeugstellplätze	
Gebäudeart	
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Abnahme ist nach dem 01.01.2017 erfolgt *(Angabe von Monat/Jahr):*	
Baukosten in EUR brutto (KG 300 bis 400)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigefügt ☐ ist nicht beigefügt

Anlage C – Referenz „HLS-Planung“

Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beschreibung	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI	
Anzahl Fahrzeugstellplätze	
Gebäudeart	
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Abnahme ist nach dem 01.01.2017 erfolgt *(Angabe von Monat/Jahr):*	
Baukosten in EUR brutto (KG 400)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigefügt ☐ ist nicht beigefügt

Anlage D – Referenz „Elektro-Planung“

Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beschreibung	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI	
Anzahl Fahrzeugstellplätze	
Gebäudeart	
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Abnahme ist nach dem 01.01.2017 erfolgt *(Angabe von Monat/Jahr):*	
Baukosten in EUR brutto (KG 400)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigefügt ☐ ist nicht beigefügt

---

Teil D: Erklärung zum Teilnahmeantrag

Wir geben den Teilnahmeantrag im europaweiten Verfahren der Stadt Villingen-Schwenningen mit den vorstehenden Erklärungen nach Teil A und B sowie mit den beigefügten Anlagen ab.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung und Angabe meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ort: _____ Datum: _____

_____

Name(n) der Person(en), die den Teilnahmeantrag rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft abgibt/abgeben